

**Beschlussempfehlung**  
**an die Stadtverordnetenversammlung**

24. September 2020  
1 von 1

**Verzicht auf automatisierte Gesichtserkennung**  
Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten  
- 101.18.1827 -

**Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, stets aktuell zu veröffentlichen, welche Überwachungstechnologien von Ordnungsbehörden und Polizei in der Stadt Kassel eingesetzt werden. Der Einsatz neuer Technologien ist den Stadtverordneten vor dem Einsatz anzukündigen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel erkennt die großen Gefahren und den schweren Eingriff in die Grundrechte und Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger durch den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware. Deswegen schließt sie für ihren Zuständigkeitsbereich den Einsatz von Technologien aus, die Personen anhand biometrischer Merkmale in Videoaufzeichnungen identifizieren und fordert den Oberbürgermeister und die Polizei auf, im Stadtgebiet ebenfalls auf den Einsatz dieser Technologie zu verzichten.
3. Der Magistrat wird aufgefordert, mit der Deutschen Bahn Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel auch am Bahnhof Wilhelmshöhe die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und vor den schwerwiegenden Eingriffen durch die Gesichtserkennung zu schützen.

Vorsitzender Kortmann stellt fest, dass die Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten nicht anwesend ist und schlägt daher vor, den Antrag heute nicht zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

**Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.**

Stefan Kortmann  
Vorsitzender

Sabine John  
Schriftführerin